



AUTOR



Sebastian Schröder

HWWI

Tel: 040 - 34 05 76 - 357

ENERGIEPOLITIK

Atom für Kohle

Die neue Bundesregierung hat sich gerade für die Rücknahme des Atomausstiegs ausgesprochen. Im Moment ist jedoch nicht sicher, ob Laufzeitverlängerungen tatsächlich beschlossen werden und welchen Umfang diese hätten. Sicher ist allein, dass sie nicht kostenlos wären. Von den Kraftwerksbetreibern wird derzeit gefordert, einen Teil der zu erwartenden zusätzlichen Gewinne abzugeben. Insofern stellt sich einerseits die Frage, welchen Preis die Kraftwerksbetreiber für die verlängerten Laufzeiten zahlen sollten, und andererseits, was mit den Mitteln finanziert werden soll. Dabei ist auch unklar, ob das Geld im Energiesektor verbleiben soll oder anderweitig eingesetzt werden könnte. Für letzteren Fall dürfte es an Vorschlägen nicht mangeln: Beispielsweise wäre eine Tilgung von Staatsschulden denkbar, wie seinerzeit mit den Erlösen aus den UMTS-Lizenzen. Ebenso würde ein Transfer in den Bildungssektor infrage kommen.

Den Ankündigungen von Union und FDP zufolge sollen die abgeschöpften Gewinne im Energiesektor verbleiben und für eine zusätzliche Förderung der erneuerbaren Energien verwendet werden. Als Begründung wird angeführt, erneuerbare Energien seien einerseits eine Zukunftsindustrie und andererseits die beste Maßnahmen zum Klimaschutz. Um zusätzliche Förderung über die bereits bestehende hinaus zu rechtfertigen, sind beide Erwägungen jedoch nicht zwingend.

Einerseits ist die technologische Entwicklung gerade im sehr dynamischen Energiebereich mit vielen Unsicherheiten

behaftet, sodass nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden kann, welche Technologie sich zukünftig durchsetzen kann. Somit ist keineswegs klar, welche Erträge die zusätzliche Förderung erneuerbarer Energien zukünftig einbringen wird und ob diese höher sind als die gezahlten Subventionen. Andererseits haben diverse Untersuchungen gezeigt, dass derzeit die nicht grundlastfähigen erneuerbaren Energien bei hohen Kosten weniger CO₂ einsparen als erwartet, weil sie auf Back-up-Kapazitäten angewiesen sind.

Bestes Beispiel ist die Photovoltaik: Ihr Beitrag zur Stromerzeugung ist vernachlässigbar, und selbst die geschaffenen Arbeitsplätze sind – in Relation zur Höhe der Subventionen – sehr gering. Im Bereich der Produktion sind deutsche Unternehmen bereits heute im Vergleich zu China kaum konkurrenzfähig und beginnen mit der Verlagerung in Billiglohnländer. Ob sich Photovoltaik zukünftig erstens auf dem Markt durchsetzen kann und zweitens Deutschland davon profitiert, ist also keineswegs sicher.

Generell ist es also problematisch, Klimapolitik mit Industriepolitik zu vermischen. Stattdessen sollte bei der Verwendung der Mittel beachtet werden, wo im Zieldreieck von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit anzusetzen ist, um das Geld optimal zu verwenden. Eine Entlastung der Konsumenten würde sicherlich auf Zustimmung treffen. Gleichzeitig muss jedoch beachtet werden, dass die Verbilligung von Energie dem Ziel der Umweltverträglichkeit zuwiderläuft.

Da die grundlastfähige Kernkraft die Versorgungssicherheit ohnehin erhöht, bleibt das Ziel der Umweltverträglichkeit übrig. Das bedeutet aber eben nicht zwingend, dass die Reduktion von CO₂-Emissionen automatisch nur durch die Förderung erneuerbarer Energien zu erreichen ist. Um mit den vorhandenen Mitteln so viel CO₂ wie möglich einzusparen, sind andere Maßnahmen sinnvoller. Eine denkbare Alternative wäre zum Beispiel, dass die Kraftwerksbetreiber als Gegenleistung für verlängerte Laufzeiten veraltete Kohlekraftwerke eher vom Netz nehmen und den Bau neuer Kohlekraftwerke zumindest aufschieben, bis die CO₂-Abscheidetechnologie zur Verfügung steht.

Eine sachorientierte und ergebnisoffene Diskussion über den politischen Preis von Laufzeitverlängerungen würde auch Ziel-

konflikte deutlich machen, die in der Öffentlichkeit oftmals nicht gesehen werden.

Die bisher stark geförderten erneuerbaren Energien sind derzeit noch kein praktikabler Ersatz für etablierte Technologien: Sie sind teuer, nicht grundlastfähig und sparen vergleichsweise wenig CO₂ ein. Zur Sicherstellung der Energieversorgung ist Deutschland auf absehbare Zeit auf die etablierten Technologien wie Kohle und Kernkraft angewiesen, bis die erneuerbaren Energien ausreichend und kostengünstig zur Verfügung stehen.

Bis dahin sollte das Ziel sein, die Klimaschutzvorgaben so kostengünstig wie möglich zu erreichen. Der Verzicht auf Kohle zugunsten von Kernkraft wäre eine günstige Methode, CO₂ einzusparen. Käme es zu der Abwägung „Atom für Kohle“, würden sich

zwei Fragen stellen: Ist man erstens bereit, Kernenergie mit all ihren Risiken zu tolerieren, um CO₂-Emissionen zu sparen? In einer solchen gesellschaftlichen Diskussion würde damit geklärt werden, welchen Stellenwert Sicherheit der Energieerzeugung einerseits und Bekämpfung des Klimawandels andererseits haben und in welchem Verhältnis beide zueinander stehen. Zweitens müsste die Frage beantwortet werden, welches Ziel bei der Förderung der erneuerbaren Energien im Vordergrund steht: Bekämpfung des Klimawandels oder Industriepolitik? Ist man im Zweifel bereit, die Hoffnung auf zukünftige Exporterfolge auf Kosten des Klimaschutzes zu finanzieren? Der Ansatz „Atom für Kohle“ wäre in der öffentlichen Debatte jedenfalls greifbar und transparent.

Dieser Beitrag ist am 22. Oktober 2009 in der „Financial Times Deutschland“ erschienen.